

Das Sonderfriedensangebot des Grafen Andrássy.

Eine amtliche Mitteilung.

Amtlich wird mitgeteilt:

Wien, 29. Oktober. Gegenüber den von verschiedenen Blättern gebrachten Mitteilungen, von denen sich eine auf eine Unterredung mit dem hiesigen deutschen Botschafter beruft, sind wir ermächtigt, nachstehendes festzustellen:

Die kaiserlich deutsche Regierung war durch wiederholte Mitteilungen der maßgebenden Stellen Oesterreich-Ungarns seit längerem in Kenntnis, daß die Monarchie den Krieg höchstens bis zu einem bestimmten Zeitpunkt fortführen könne.

Unmittelbar nach dem Amtsantritte des Grafen Andrássy am 26. d. hat der Kaiser den deutschen Kaiser in einem freundschaftlichen Telegramm in unabweidriger Weise

mitgeteilt, daß Oesterreich-Ungarn nunmehr veranlaßt sei, den entscheidenden Schritt in der Friedenssache zu unternehmen. In einer am selben Tage zwischen dem Minister des Aeußern und dem kaiserlich deutschen Botschafter in Wien stattgehabten Unterredung war letzterer gleichfalls auf den bevorstehenden Schritt der Monarchie vorbereitet worden. Noch vor Absendung der Note an den Präsidenten der Vereinigten Staaten fand dann am 27. d. eine hierauf bezügliche Unterredung zwischen dem Grafen Andrássy und dem Grafen Wedel statt.

Die Aeußerung des deutschen Botschafters.

Die in der „N. Fr. Pr.“ veröffentlichte Aeußerung des deutschen Botschafters Grafen Wedel, auf die sich die amtliche Mitteilung bezieht, lautet: Es hat uns überrascht, daß uns Sonntag ganz plötzlich der nunmehr erfolgte Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung ohne daß wir über den Inhalt näher informiert wurden, als eine unabänderliche Tatsache angekündigt wurde und wir derart vor ein Fait accompli gestellt worden sind. Der Schritt ist um so weniger verständlich, als aus keiner der bisherigen Erklärungen des Präsidenten Wilson die Absicht hervorging, daß er nur getrennt mit uns verhandeln wolle. Ich glaube, daß es auch im Interesse Oesterreich-Ungarns gelegen wäre, wenn wir uns gemeinschaftlich an den Friedensstisch setzen würden.

Scharfe Zurückweisung aus Deutschland.

Berlin, 29. Oktober. (Privat.) Die im Ministerium des Aeußern in Wien unternommenen Versuche, es so darzustellen, als sei man in Berlin von dem bevorstehenden Schritt Oesterreich-Ungarns unterrichtet gewesen und als habe man ihm zugestimmt, muß von hier aus sehr entschieden zurückgewiesen werden. Durch die Absendung der Note ist die deutsche Regierung vielmehr vor eine vollendete Tatsache gestellt worden. Am Samstag war man in Berlin noch bemüht, in Wien gewissermaßen zu bremsen. Aber es war umsonst. Anerkannt wird hier jedoch, daß der Hauptdruck von Ungarn ausging und daß es in Wien schwer, vielleicht unmöglich gewesen sein mag, diesem Druck zu widerstehen, der seine Stärke besonders daraus zog, daß in jener kritischen Stunde Graf Karolyi nahe daran schien, an die Spitze der Geschäfte zu treten. Jedenfalls ist dieses Einberufen mit Berlin unterblieben, und es liegt gar kein Grund vor, zu verschweigen, daß damit hier keine anderen Gefühle als die der Enttäuschung und des Unmutes erwartet werden konnten. Aber auch in dieser Hinsicht wendet sich der Unmut in erster Linie nach ungarischer Seite hin.

Berliner Blätterstimmen.

Berlin, 29. Oktober. (Privat.) In der Berliner Presse aller Parteien spiegelt sich der starke Eindruck der Note des Grafen Andrássy an Wilson wider. Die meisten Blätter erinnern an die großen Opfer, die Deutschland zum Schutze Oesterreich-Ungarns im Laufe des Krieges brachte.

Der „Vorwärts“ schreibt: Nibelungen-treue, Nibelungennot! Des neuen Deutschland blühende Jugend und feste Mannschaft verblutete sich zur Rettung des Donaureiches, dessen innere Schwierigkeiten und Halbheiten den Stein ins Rollen gebracht haben. Die L. u. L. Regierung spricht nur für die Dynastie. In ihrem Namen ist die Kapitulation angetragen worden. Der von der L. u. L. Regierung vorgeschlagene Sonderriede will bewußt die Deutschösterreicher den Tschechen opfern, um dadurch zugleich die Tschechen festzuhalten und den Vierverband durch das Opfer eines völlig slawisierten Oesterreich gnädig zu stimmen.

Die „Morgenpost“ schreibt: Für uns besteht kein Zweifel, daß die Lösung des Waffenbündnisses nicht das geeignete Mittel war, die Feinde für Oesterreich-Ungarn günstig zu stimmen.

In der „Täglichen Rundschau“ heißt es: Die Wendung lag seit dem Abfall Bulgariens vor unser aller Augen. Und wir hoffen, daß wir darauf eingetrigtet sind. Wir haben unsere Armeen völlig frei und sind gewisser politischer Verpflichtungen ledig, die unsere Situation auch bei Friedensverhandlungen erschwert hätten.

Die „Kriegszeitung“ verweist auf die Schwierigkeiten, die sich für die deutschen Truppen in der Ukraine, in Rumänien und an der serbischen Grenze ergeben, wo deutsche Truppen zusammen mit österreichisch-ungarischen Truppen im Kampf gegen die Salonikarmee stehen.